

vorgeschlagen. Pich Chean bezeichnete diese Maßnahme als eine "persönliche Initiative" des ehemaligen Staatsoberhaupts. Verhandlungen mit Vietnam in Genf oder sonstwo seien solange sinnlos, wie nicht zwei Bedingungen erfüllt seien, nämlich die "Einstellung der vietnamesischen Aggression" und der völlige Abzug der vietnamesischen Streitkräfte aus Kampuchea.

Im übrigen gehe der "Volkskrieg" gegen die vietnamesischen Besatzer weiter. Die Botschaft des "Demokratischen Kampuchea" in Peking stehe in ständigem Radiokontakt mit der Khmer-Rouge-Résistance in Kampuchea, und zwar sowohl mit Pol Pot als auch mit Vizepremier Ieng Sary, der am 26. Januar an die Front zurückgekehrt ist, und mit dem Präsidenten Khieu Samphan (SWB, 22.2.79). Über eine Pressekonferenz Pich Cheans berichtet auch NCNA (21. und 22.2.79).

Inzwischen geht die Belieferung der Khmer-Rouge-Einheiten mit chinesischen Waffen angeblich weiter. Sihanouk soll am 10. Februar einem Reporter von BBC mitgeteilt haben, Deng Xiaoping habe ihn wissen lassen, daß Thailand mit der Belieferung des Pol-Pot-Widerstands über thailändisches Gebiet einverstanden sei. In Peking wurde ein Schiffsabkommen mit Thailand unterzeichnet (NCNA, 8.2.79), das möglicherweise in Zusammenhang mit dieser Logistik steht. Die New York Times berichtete am 8. Februar, daß die Regierung von Thailand den Chinesen insgeheim erlaubt habe, thailändische Häfen und sogar Flughäfen für den Waffennachschub zugunsten der Pol-Pot-Truppen zu benutzen. Von den thailändischen Häfen sollen die Waffen dann in das südwestliche Kampuchea eingeschleust werden. Auch IHT (8.2.79) berichtet, daß Deng Xiaoping während seines USA-Aufenthaltes darauf hingewiesen habe, daß die Waffenlieferungen an Pol Pot nunmehr in Zusammenarbeit mit Thailand bewerkstelligt würden (SWB, 14.2.79).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(8) Wird Peking 1988 die Olympischen Spiele ausrichten?

Bei einem Interview mit der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo gab Deng Xiaoping am 26. Februar zu verstehen, daß China bereit sei, seine Kandidatur für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 1988 anzumelden. Auf die Frage, ob China ein Team bereits zu den Olympischen Spielen nach Moskau entsenden wolle, antwortete Deng bejahend, allerdings mit der Einschränkung, daß bis dahin die Taiwan-Frage endgültig geregelt sein müsse. China bereite sich bereits auf die Spiele vor (SWB, 27.2.79).

(9) UNESCO-Mitgliedschaft

Vom 19.-21. Februar konstituierte sich die Nationale Kommission der Volksrepublik China für die UNESCO mit Li Qi, dem stellvertretenden Minister für Erziehung, und weiteren fünf Stellvertretern der

Spitze (NCNA, 21.2.79).

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(10) Regionalzeitungen im Ausland erhältlich

Über ein Jahrzehnt war es unmöglich, chinesische Lokalzeitungen der Provinzebene (und darunter) im Ausland regulär zu beziehen. Seit Anfang des Jahres ist nun die "Peking-Tageszeitung" erstmals für Ausländer beziehbar (Peking steht administrativ im Range einer Provinz). Das gleiche gilt auch für Schanghai's Gazetten "Wenhui-Zeitung", die lokale "Befreiungszeitung" (jiefang jibao) und Kantons "Nanfong-Tageszeitung".

INNENPOLITIK

(11) Wandzeitungen fordern ZK zu weiterer Mao-Kritik auf

Ende Januar erschien in Peking ein "Offener Brief an Deng Xiaoping". In dieser Wandzeitung hieß es, in China sei seit den fünfziger Jahren die Demokratie unterdrückt und nach und nach eine totale Diktatur errichtet worden, die sich auf die feudalistische Alleinherrschaft von Mao Zedong stütze: "Auch heute schmachten in den Gefängnissen Häftlinge, die wegen ihrer Kritik an Mao Zedong dorthin gebracht worden sind. Warum ist das Zentralkomitee bemüht, die Stimme der Massen zu erstickern? Vielleicht deshalb, weil es in der Parteiführung Personen gibt, die sich durch das Verschweigen der Fehler Mao Zedongs selbst schützen?... Das Zentralkomitee... will Kritik an Mao Zedong nicht zulassen, da es fürchtet, sie könnte die Einheit und Stabilität in China verletzen. Aber in diesem Zusammenhang dürfen wir auch nicht übersehen, daß eine solche Einheit und Stabilität auf einem Vulkan errichtet worden ist, der jeden Moment ausbrechen kann. Die Quelle der Fehler ist nicht im Volk, sondern in der Partei zu suchen. Die Fehler von Mao Zedong sind so offenkundig, daß ihre öffentliche Bekanntgabe in China keinen überraschen kann" (DW, 30.1.79). Ein deutlicher Hinweis also, daß in Sachen "Mao-Kritik" in der Volksrepublik noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

(12) 30. Nationalfeiertag der VR China 1979 ohne Fanfaren

Die Volkszeitung schrieb am 3.2.1979, das ZK habe beschlossen, den 30. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China ohne großen Aufwand zu begehen. Anlaß war der Bau des Pekinger Zentrums für Landwirtschaftsausstellungen. Anscheinend setzten sich manche Kader dafür ein, das Zentrum zu diesem 30. Jahrestag in ähnlich übereilter Geschwindigkeit aufzubauen wie seinerzeit das Mao-Mausoleum. Die Führung entschied sich mit dem ZK-Beschluß dafür, die neue Politik in allen konkreten Aufgaben mit

Bedacht zu realisieren und auf verschwenderische Feiern zu verzichten. Wer sich auf solche Feiern zu sehr eingestellt hatte, dem riet die Volkszeitung: "Ändert bitte Eure Pläne sofort."

(13) Errichtung einer Gesetzeskommission

Der frühere Bürgermeister von Peking, Peng Zhen, der 1967, d.h. also während der Kulturrevolution, zum Rücktritt gezwungen worden war, ist inzwischen rehabilitiert worden und hat das Amt einer neuerrichteten Gesetzeskommission übernommen, die unmittelbar dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses untersteht. Ein entsprechender Beschluß wurde bei der 6. Tagung des Ständigen NVK-Ausschusses am 24. Februar 1979 angenommen.

Aufgabe der neuen Gesetzeskommission ist es, dem Ständigen NVK-Ausschuß bei der Gesetzgebungsarbeit zu helfen. Die Gesetzgebung soll von jetzt an als wichtiger Punkt auf der Agenda des NVK und seines Ständigen Ausschusses stehen. Ferner wurden noch zehn stellvertretende Vorsitzende der Gesetzeskommission ernannt, unter ihnen der Chef der Akademie der Gesellschaftswissenschaften, Hu Qiaomu und Wang Shoudao, letzterer ebenfalls ein prominentes Opfer der Kulturrevolution (NCNA, 24.2.79).

(14) Regelungen über Arrest und Festnahme

Beim 6. Treffen des Ständigen Ausschusses des 5. NVK wurden am 23. Februar die "Bestimmungen über Arrest und Festnahme von Personen, die des Verbrechens schuldig sind", erlassen. Dadurch treten die entsprechenden Bestimmungen, die von der 3. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 1. NVK am 20. Dezember 1954 beschlossen worden waren, außer Kraft. Ziel der neuen Bestimmungen ist es, "effektiv die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, Verbrecher zu bestrafen, das sozialistische System zu bewahren und das Volk vor Einmischungen in die persönliche Freiheit oder vor Eingriffen in ihr Zuhause zu schützen". Aufgrund der neuen Regelung darf ein Bürger nur aufgrund eines Gerichtsbeschlusses oder aber mit ausdrücklicher Genehmigung der Volksanwaltschaft festgenommen werden. Festnahme auf der Stelle ist nur dann erlaubt, wenn der Täter auf frischer Tat ertappt wird oder wenn dringender Tatverdacht besteht. Sicherheitsorgane dürfen solche Personen festhalten, die wegen eines Verbrechens angeklagt sind oder die unter dem Verdacht einer besonders schweren Tat stehen, so der Rebellion, der Giftmischerei, des Mordes, der Vergewaltigung, des Raubs oder irgendwelcher Sprengstoffdelikte.

Beweismittel für die Tat des Festgenommenen müssen durch die Organe der öffentlichen Sicherheit der zuständigen Volksanwaltschaft innerhalb von drei Tagen vorgelegt werden. In Sonderfällen kann die Zeit der Festnahme auch auf maximal sieben Tage ausgedehnt werden.

Die Volksanwaltschaft nimmt das Arrest-Gesuch entweder an oder weist es innerhalb von drei Tagen, nachdem sie von der Festnahme Kenntnis erhalten hat, zurück. Falls eine Zurückweisung erfolgt, müssen die Organe der öffentlichen Sicherheit den Festgenommenen auf der Stelle freilassen.

Die Vernehmung muß des weiteren innerhalb von 24 Stunden nach der Festnahme erfolgen. Erweist sich

der Verdacht als unbegründet, so ist sofortige Freilassung zu veranlassen (NCNA, 24.2.79).

(15) Unruhen in Schanghai: Jugendliche weigern sich, aufs Land zurückzukehren

In einem ausführlichen Bericht der Xinhua vom 9.2.79 wurde zu Zwischenfällen am 5. und 6. Februar in Schanghai Stellung genommen. Jugendliche, die aus Anlaß des Frühlingsfestes und auf eigene Faust, von der geänderten Politik gegenüber der Landverschickung (xiafang) ermuntert, in die Großstadt gekommen waren, weigerten sich, aufs Land zurückzukehren. Aus dem Industriezentrum Schanghai waren vor 1976 allein über 1 Million junger Menschen aufs Land geschickt worden. Jugendliche mit solchem Hintergrund rotteten sich seit dem Frühlingsfest 1979 in Schanghai zusammen, beschädigten öffentliches Eigentum in den Straßen der Innenstadt und brachten den Zugverkehr auf dem Hauptbahnhof zum Erliegen. Bei unorganisierten Demonstrationen wurden die Stromleitungen der Trolley-Busse durchschnitten. Die Jugendlichen forderten das Recht auf eine reguläre Rückkehr und Arbeitsplätze in der Stadt mit dem Argument, auf dem Land ginge es ihnen noch schlechter als den Bauern, von Fleisch dürfe man dort nicht einmal träumen. Sie verlangten den Schutz der Menschenwürde und wollten als Intellektuelle bei der Aufgabe der Modernisierung Chinas eingesetzt werden (DW, 21.2.79, vgl. auch Xinhua, 14.2.79). Die Verwendung als billige Arbeitskräfte auf dem Lande stelle eine riesige Verschwendung der Volkskräfte dar. Nach Darstellung der chinesischen Nachrichtenagentur und Radio Schanghai (11.2.79) sei der Schanghaier Bahnhof für 12 Stunden blockiert gewesen. Die Jugendlichen hätten sich auf den Schienen einer Eisenbahnkreuzung in der Nähe des Bahnhofs niedergelassen, seien auf die Züge geklettert und hätten sich einer Reihe von Megaphonen bemächtigt. Auf Spruchbändern forderten sie ein Treffen mit Schanghai's Erstem Parteisekretär, Peng Chong, und beachteten gesprächsbereite Spitzenkader des Schanghaier Eisenbahnbüros überhaupt nicht. Am Morgen des 6.2.79 traf eine Anweisung des Staatsrats aus Peking ein, die anscheinend die örtlichen Behörden zum maßvollen Durchgreifen ermächtigte. Nachdem den Jugendlichen die telefonische Anweisung aus Peking durchgegeben worden war, zerstreute sich ein Teil; andere bestanden jedoch darauf, ihre Protestaktion fortzusetzen, weil man nur so die Aufmerksamkeit der höchsten Stellen und eine Berücksichtigung der Forderungen durchsetzen könne. Daraufhin setzte die Stadt Schanghai Polizeikräfte und Zivilpolizisten ein, die "eine kleine Handvoll Unruhestifter" verhaftete und ins Büro für Öffentliche Sicherheit abführte. Mindestens zwei Personen blieben weiter in Haft. Ihnen wurde ähnliches Verhalten wie während der Kulturrevolution vorgeworfen. Die Presse forderte, sie hart zu bestrafen. An solchen, die wirklichen Zusammenstöße beträchtlich herabspielenden Berichten wird deutlich, wo die Toleranzschwelle des neuen Regimes liegt. Im ganzen Umfang kann den Forderungen der Jugendlichen einfach nicht nachgegeben werden, weil sich so viele Arbeitsplätze nicht finden lassen. Das letzte Mittel bleibt Gewaltanwendung, um Übergriffe zu verhindern. Schon Anfang Januar hatten Tausende von Jugendlichen in verschiedenen Städten, so z.B. in Xian, dagegen protestiert, auf Dauer auf dem Lande leben zu müssen (AFP, 4.1.79).

(16) Erneuter Kampf gegen die Bürokratie

Die Regional-Zeitung von Shanxi hat über den Kampf gegen Bürokratismus in einer Kreisstadt bzw. ihrem Parteikomitee berichtet. Die Stadt Xianyang bestehe aus 50 ständigen und 57 provisorischen Organen, wovon 52 die permanenten Einrichtungen duplizierten. 1965 waren offiziell in den Stadtbehörden 462 Personen beschäftigt, nach Statistiken Ende Oktober 1978 war diese Zahl aber auf 1076 angeschwollen, d.h. hatte sich um 230% vermehrt. Der Bericht beklagte auch die niedrige Effizienz der Behörden. Die Kommunen beklagten sich, daß es zu viele Sitzungen während der Erntezeit gebe. Die Stadtbehörden hätten zwischen Januar und Oktober 1978 4207 Dokumente und 257 kurze Berichte ausgegeben, d.h. im Durchschnitt 15 Dokumente pro Tag. Viele dieser Dokumente seien nur eine Art Dekoration oder schlechtweg "nutzlos".

(17) Neue Rehabilitierungen und Amtseinsetzungen

Während der Feier des Frühjahrsfestes in der Großen Halle des Volkes in Peking am Abend des 27. Januar wurden Spitzenfunktionäre rehabilitiert, die in der Kulturrevolution untergegangen waren (Xinhua, 27.1.79). Einmal handelte es sich um Peng Zhen, den früheren Bürgermeister von Peking, den Kultur- und Propagandafunktionär Lu Dingyi sowie Bo Yibo, den Wirtschaftsplaner, dessen Fall bereits auf dem 3. Plenum Ende 1978 behandelt worden war; zum anderen trat auch die Witwe des Erzbösewichtes der Kulturrevolution, des Staatspräsidenten Liu Shaoqi, Frau Wang Guangmei, mit ihren Kindern bei dieser Feier auf. Wenig später wurden einige neue Positionen, die diese rehabilitierten Kader nun bekleiden, bekannt. Peng Zhen leitet eine neugeschaffene "Kommission zur Wahrung der Demokratie" beim Nationalen Volkskongreß. Lius Witwe Wang wurde stellvertretende Leiterin des Fremdsprachen-Instituts in Peking (FR, 27.2.79).

(18) Familienzusammenführung für Intellektuelle

Schanghai Stadtparteikomitee unternahm erste Schritte, um Wissenschaftler, Lehrpersonal, Mediziner und Sportkader, die seit Jahren von ihren Ehepartnern getrennt leben mußten, durch Bereitstellung neuer Arbeitsplätze wieder zusammenzuführen. Die erste Gruppe solcher Personen, 400 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, Schanghai Hochschule und Krankenhäuser, konnten auf diese Weise wieder die Grundlagen für ein normales Familienleben legen.

(19) Institut für Internationale Beziehungen in Peking wiedereröffnet

Das Institut für Internationale Beziehungen, an dem chinesische Kader für Auswärtige Angelegenheiten ausgebildet werden, ist in Peking wiedereröffnet worden. Das Institut schreibt derzeit Studenten für den 4-Jahres-Kurs und Doktoranden für den 2-Jahres-Kurs ein. Das neue Semester beginnt im Herbst 1979. Auf dem Lehrplan stehen Kurse in Politik, Auswärtigen Angelegenheiten und Fremdsprachen, darunter in

Englisch, Japanisch, Französisch, Deutsch, Russisch und Spanisch. Während der Kulturrevolution war das im Jahre 1949 geschaffene Institut geschlossen worden (NCNA, 21.2.79).

(20) Neues Militärkommando in Sinkiang

Noch vor dem Grenzkonflikt zwischen China und Vietnam hatte China am 8. Januar im Osten der Autonomen Region Sinkiang ein neues Militärkommando gebildet. Das Hauptquartier des neuen Kommandos soll seinen Sitz in der Stadt Turfan haben, die einige hundert Kilometer nördlich des chinesischen Atomtestgebiets bei Lop Nor liegt. Ferner wurde gemeldet, daß China die Einwohner der Grenzstädte in Sinkiang evakuiert habe. Dies gilt als eine Vorkehrung gegen mögliche sowjetische militärische Aktionen an der chinesischen Grenze zur Entlastung Vietnams. Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den USA soll Moskau seine Truppen an der Grenze zu China verstärkt und militärische Manöver intensiviert haben. An den chinesisch-sowjetisch-mongolischen Grenzen stehen schätzungsweise 45 Divisionen sowjetischer Soldaten rund 68 Divisionen chinesischer Truppen gegenüber (FAZ, 6. und 24.2.79).

(21) Traditionelle chinesische Damenbekleidung wieder zugelassen

Aus Anlaß des Frühjahrsfestes wurden in Pekinger Warenhäusern über 40 Typen neuer Kleider angeboten, darunter auch das traditionelle chinesische Damenkostüm mit hochgeschlossenem Kragen "qipao". Vor wenigen Jahren wäre das Tragen solcher Bekleidung als verrotteter Kapitalistenstil verurteilt worden. Diese und andere Kleider waren in wenigen Stunden ausverkauft (Xinhua, 29.1.79).

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG**KUNST UND MASSEN MEDIEN****(22) Feierstunde zu Einsteins 100. Geburtstag**

Anläßlich des 100. Geburtstages von Albert Einstein wurde in Peking eine Feierstunde veranstaltet, an der über tausend Wissenschaftler teilnahmen, unter ihnen führende Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und der Gesellschaft für Wissenschaft und Technik. Anwesend waren auch Fang Yi, der stellvertretende Ministerpräsident und Minister der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, sowie Vertreter des Erziehungsministeriums und mehrerer wissenschaftlicher Gesellschaften. Zu den Gästen zählten auch der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland sowie Vertreter der Botschaften der DDR und der Schweiz und des Verbindungsbüros der USA. Den Vorsitz führte Qian Sanqiang, Vizepräsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der Chinesischen Gesellschaft für Physik. Zhou Peiyuan, Vizepräsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und amtierender Vorsitzender der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik, und Yu Guangyuan, stellvertretender Minister der